

# Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag

(Erste Beilage zu No. 66.)

17. März 1849

## Deutsche Reichsversammlung.

187. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident E. Simson.

\*H\* Frankfurt, 17. März.

### Die Debatte über den Welcker'schen Antrag.

Die Wichtigkeit der heutigen Verhandlungen, die Spannung, mit welcher alle Welt dem Verlauf und dem Ausgang derselben entgegenfiehet, hat die Zuschaueräume schon frühzeitig gefüllt. Bereits um halb neun Uhr sind sämtliche Plätze auf den Galerien sowohl, wie im Saale selbst dicht besetzt. Vor 8<sup>1/2</sup> Uhr ist das Bureau und der Platz des dienstthuenden Schriftführers von Abgeordneten, die sich rechtzeitig ums Wort melden wollen, dicht umlagert. Mit dem Glockenschlage 8<sup>1/2</sup> Uhr beginnt, der Geschäftsordnung gemäß, die Einschreibung, und von diesem Moment an wird das Drängen immer lebhafter und das Rufen immer lauter. Bis zur Eröffnung der Sitzung gewahrt man vereinzelt Gruppen Abgeordneter, in lebendigem Gespräch miteinander verkehrend. Um 9<sup>1/4</sup> Uhr eröffnet Präsident Simson die Sitzung. Die Verlesung des Protocolls der vorigen Sitzung geht unter der gewöhnlichen Unachtsamkeit vor sich. Hierauf wird der Eintritt dreier Mitglieder angezeigt, und von neu eingelaufenen Flottenbeiträgen, darunter eine Reihe von Werthgegenständen von dem Comité in Bonn und eine Sammlung von 900 Thlr. aus Lehr (Bravo!), Mittheilung gemacht. Hierauf interpellirt Zimmermann von Stuttgart das Reichsministerium der Justiz, welches Resultat die gegen die Abgg. Simon von Trier, Jig und Schöffel geführte Untersuchung wegen der Septemberereignisse ergeben hat. Die Interpellation wird nächsten Montag beantwortet werden. Nachdem dann noch Plathner im Namen des Legitimationsauschusses berichtet hatte, betrat der Präsident des Reichsministeriums die Rednerbühne, um die vor einigen Tagen von dem Abg. v. Raumer aus Dinkelsbühl gestellte Interpellation, die Anfrage der Reichscentralgewalt an die österreichische Regierung betreffend, zu beantworten. Der Ministerpräsident erklärt, daß eine directe Antwort auf die Anfrage des Reichsministeriums noch nicht erfolgt sei. Es liege aber eine Reihe von Neußerungen und Thaten vor, welche die Ansicht der österreichischen Regierung ausprechen. Er verweise auf sein Programm vom 18. Dec. v. J. Der Herr Ministerpräsident geht hierauf in eine nähere Beleuchtung aller österreichischen Rescripte ein (wir werden sie ausführlich nachtragen) und schließt mit der Bemerkung, daß die österreichische Regierung sich geäußert habe, daß ihr jeder Vorschlag des Reichsministeriums auf Grundlage der letzten Note willkommen sei, das Reichsministerium die ihm von der Reichsversammlung gegebene Vollmacht, mit Oesterreich zu unterhandeln, als fortbestehend betrachte. Bevor der Uebergang zur Tagesordnung erfolgt, wird ein von Wigard u. A. gestellter Antrag, die abgeperrten Gallerieräume dem draußen stehenden Publikum zu öffnen, verlesen. Der Präsident bemerkt hierzu, daß auf dem links von der Orgel gelegenen Räume die Bibliothek sich befindet, also dieser nicht geöffnet werden könne, und gibt dann nach einer kurzen Erörterung zur Deffnung der rechts von der Orgel befindlichen Räumlichkeit Erlaubniß.

Der Uebergang zur Tagesordnung führt zur Verlesung des vom Abg. Rieffer über den Welcker'schen Antrag erstatteten Berichts. Außer den in dem Bericht gestellten Anträgen sind mehrere Amendements eingebracht, von denen namentlich die Verlesung des Antrags der Herren Heßcher, Beda Weber und Genossen Aufmerksamkeit, beziehungsweise Heiterkeit erregt, da in demselben davon gesprochen wird, die Reichsversammlung solle eine Deputation nach Wien schicken, um die endliche Erklärung der österr. Regierung entgegen zu nehmen. Auch der Verbesserungsantrag Lafaulr's — in Erwägung, daß der König von Preußen zu wiederholtenmalen erklärt hat, daß die deutsche Kaiserwürde, wenn sie wieder hergestellt werden sollte, nicht ihm, sondern dem österreichischen Kaiser gehöre; in fernerer Erwägung, daß sich die Könige von Bayern, Hannover, Sachsen und Württemberg einstimmig gegen Errichtung des preussischen Kaiserthums ausgesprochen haben, und in Erwägung, daß die österreichischen Erblande mit Deutschland zusammengewachsen seien und in Zeiten der Noth und Gefahr zu Deutschland gestanden, und sie zu trennen ein sittliches Verbrechen und politischer Unverstand wäre, beschließt die Nationalversammlung über den Welcker'schen Antrag ohne Discussion zur einfachen Tagesordnung überzugehen, wird mit Zeichen heiterer Erregtheit aufgenommen. — Außerdem liegen Verbesserungsanträge vor von Radowig, von Linde, Eisenstuck, Kühl von Hanau. Radowig und Genossen stimmen in ihrem Antrag dem Welcker'schen Antrage insoweit bei, als sie zuvor die Erklärungen der Einzelregierungen abwarten wollen, ehe man zur Wahl des Oberhauptes schreite, und es allen deutschen Staaten freistellen, sich entweder dem neuen Bundesstaate oder demselben auf Grundlage der Verträge von 1815 anzuschließen. Ein eventueller Präjudicialantrag von Berger und Genossen geht dahin, die Nationalversammlung beschließt, vor der zweiten Berathung der Verfassung die österreichische Note vom 9. März 1849 an einen neu zu wählenden Ausschuss zur schleunigsten Berichterstattung zu überweisen. Zum Wort haben sich gemeldet 60 Redner gegen, 28 für den Antrag; darunter.

gegen:

v. Neuwall.  
v. Hermann.  
Bogt.  
v. Radowig.  
M. Mohl.  
Eisenmann.  
Abrens v. Salzgitter.  
Bogt.  
Fröbel.  
Marek.  
Berger.  
v. Rappard.  
v. Linde.  
Wigard.  
v. Möhring.  
Zimmermann v. Stuttgart.  
Raumer.  
Schöffel.  
Gröner.  
H. Simon.  
Reichensperger.  
Schaffrath.  
Mar Simon.  
v. Dieskau.  
Wirth v. Sigmaringen.  
Nehl v. Zwitte.  
Schüler.  
Schulz v. Darmstadt.  
Fritsch.  
Wöller.  
Bischer v. Tübingen.  
Döllinger.  
Schreiner.  
Philipp.  
Wuttke.  
Römer.  
Arng von München.

für:

Welker.  
Beseler von Schleswig.  
Neh.  
v. Wydenbrugg.  
Waig.  
Wurm.  
Zittel.  
Nathy.  
Arndt.  
Bassermann.  
v. Keden.  
Grävell.  
Kämelin.  
Madowiczka.  
Mittermaier.  
Schubert von Königsberg.  
Henkel von Kassel.  
v. Sauten u. a.

Der Vorsitzende will Herrn Neuwall das Wort geben. (Auf: der Antragsteller!) Abg. Waig ist der Ansicht, daß man dem Antragsteller das Wort gönnen soll; es sei immer so gehalten worden. Abg. Bogt von Sießen schlägt vor, da Herr Welker ohnehin als der erste Redner für den Antrag eingeschrieben sei, man demselben zuerst das Wort gönne. Damit ist man einverstanden und Abg. Welker bestiegt die Rednerbühne.

Welker: Man müsse sich jetzt vor Allem frei machen, sagt er, von Lieblingsvorstellungen, von früher gefaßten Ideen. Indem er jetzt eine bis noch vor wenigen Tagen gehegte Ansicht aufbebe, erfülle er das Wort, welches er bei der Oberhauptfrage ausgesprochen habe, daß er nämlich mit Freuden für den preussischen Erbkaiser stimmen werde, sobald Oesterreichs Austritt erfolge. Dies sei jetzt geschehen, Oesterreich sei nicht mehr zu gewinnen für den Bundesstaat. Klar und entschieden liege es vor, daß Oesterreich nicht nur nicht mehr eintreten wolle, sondern nicht mehr eintreten könne. Der Redner geht hierauf in ein Kriterium der österreichischen Note über. Es sei in derselben klar ausgesprochen, daß die in Volkshaus in Deutschland sein solle, sondern nur ein Staatenhaus. Wie also, fragt der Redner die Versammlung, Sie wollen das heilige Mandat, welches Sie erhalten, dem Volk ein Parlament zu schaffen, wegwerfen? alles das, was wir als Ziel unserer Wünsche ansahen, aufgeben? Wissen Sie, was man Ihnen bietet? Mit 38 Millionen, zu 2/3 aus Feinden der deutschen Nation zusammengesetzt (Widerspruch links), sollen wir vereint, in einem Staatenhaus vereint sein, wo von unserer Seite nur 31 Millionen repräsentirt sind. Es soll uns dann nicht freistehen, uns ebenso zu einigen, wie die 38 Millionen Oesterreicher sich geeinigt. Die Oesterreicher haben einen Erbkaiser, wir sollen ihn nicht haben, sie haben ein Volkshaus, wir sollen es nicht haben. Ist das ein ehrenwerther Antrag an eine ehrenwerthe Nation oder ist das eine Lehngesellschaft? Uebrigens, fährt der Redner fort, wer verbürgt Ihnen die Dauerhaftigkeit der österreichischen Verfassung? Verfassungen liegen in der Hand Gottes. Auch die Oesterreicher werden in Noth kommen in diesem babylonischen Parlament und das Bedürfnis nach einer Einigung wird immer bleiben. Wir wollen jetzt thun, was auch Oesterreich gethan: uns einigen, retten, zusammenschließen, auf gleichen Fuß mit ihm setzen in Volkshaus und Erbmonarchie. Wie sehr man sich wegwerfen würde, wollte man sich jetzt noch in Unterhandlungen einlassen, dies, meint der Redner, brauche er wohl nicht zu sagen. Oesterreich verlange, auf den alten Bund gestützt, wir sollten uns nicht einigen, und Oesterreich habe doch selbst durch seine neue Verfassung den alten Bund verlegt. „Geben Sie Ihr Mandat zurück in die Hände des betrogenen Volkes (stürmischer Beifall links) oder sagen Sie sich los von dem unglückseligen Verhältnis mit Oesterreich und seiner neuen Verfassung.“ Die schnelle Annahme der Verfassung habe man von dem Standpunkte deutscher Gründlichkeit bedenklich gefunden; diese Verfassung sei ja aber doch reichlich genug erwogen, überdies werde ja der nächste Reichstag die nothwendigen Aenderungen beschließen können. Wenn Sie den Erbkaiser, jetzt nicht annehmen, fährt er dann weiter fort, so werden im Süden, in Mittel- und Norddeutschland Krawalle entstehen, und dann wird die Säbelherrschaft unausbleiblich folgen. (Stimmen links: sie ist schon da.) Und — jagt der Redner zu den Oesterreichern gewen-

det — Sie sind in der fürchterlichsten Lage, in welche Männer versetzt werden können. Sie wünschen mit Deutschland zusammen zu sein, und das bestimmt Sie vielleicht zu thun, was Sie vor Gott und der Welt nicht verantworten können. Wollen Sie uns verderben, wollen Sie uns hindern uns zu erringen, was Sie haben, wollen Sie uns entgegen in dem Augenblick, wo wir unser Vaterland auf dem einzig möglichen Wege retten wollen? Stimmen Sie gegen uns, aber, glauben Sie mir, Sie knüpfen damit kein Band zwischen sich und Oesterreich. (Beifall rechts und von den Centren. Unruhe links.) Wir stehen vor Gott, Vaterland und Geschichte. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Sie wird die Namen derer aufbewahren, die das Vaterland gerettet und derjenigen, die es verrathen haben! (Lang anhaltender stürmischer Beifall.)

Abg. Radowig: Als die Nationalversammlung zusammengetreten, habe man darauf gefaßt sein müssen, daß alle politischen Meinungen darin vertreten sein würden. Dies sei auch der Fall gewesen. Die politischen Parteien aber seien in den Hintergrund getreten, während sich immer mehr die Stammesverschiedenheit in den Vordergrund gedrängt habe, in dem Maße, als sich die Verfassungsarbeit ihrem Ende näherte. Es sei ein alter Spruch, daß man die menschlichen Dinge nicht bloß belachen und beweinen, sondern auch verstehen müsse. Es sei aber sehr zu beklagen, daß eine Leidenschaftlichkeit in das Haus eingekehrt, welche eine Verungung an die Pflicht und das Gewissen der Parteien unmöglich mache. Es sei nun die Stunde gekommen, vielleicht die letzte, in der es sich zeigen werde, ob dies doch einmal geschehen werde, sowohl von Seiten der Totalisten als der Centralisten. Der Redner geht zur Betrachtung der Verhältnisse Oesterreichs über; er berührt die durch die octroyirte Verfassung bewerkstelligte Centralisation der Monarchie und erklärt, daß es ihm ein schmerzlicher Trost sei, daß die Scheidung Oesterreichs von Deutschland nicht von der Nationalversammlung ausgegangen sei. Das Vaterland sei in Gefahr, allein diese Gefahr sei eine mehrfache, sie liege auch in einer fortdauernden Gährung, außerdem, daß sie von Außen drohe. Man solle nicht die Nächsthetheligen bei der Constituirung Deutschlands verletzen. Schon durch die Bundesacte sei die Schließung eines engeren Bundes einzelner Staaten im deutschen Bunde zugelassen worden. Die Verfassung sei auf eine gesetzmäßige Weise geschlossen, kein Widerspruch könne ihr das bestreiten, keine Vermessenheit dürfe so weit gehen, sie durch ein Machtwort zu erzwingen. Allein eben deswegen wolle er, daß man die Einzelregierungen so wenig als möglich verletze und dadurch nicht Wirren im Innern und Gefahr von Außen herbei beschwöre von denjenigen, welche die Verträge von 1815 mit garantirten. Man warte daher die Zustimmungen der einzelnen Regierungen ab, weil, wenn man diese habe, Niemand etwas gegen die Constituirung eines Bundesstaates einzuwenden haben würde. Wenn Oesterreich dem engeren Bunde nicht beitrete, so werden seine Abgeordneten aus diesem Hause scheiden müssen. Die mittleren Staaten müßten andere Ansichten und eine andere Handlungsweise annehmen durch die veränderte Stellung, und Preußen, welches von den Einern herbeigerufen, von den Andern zurückgewiesen werde, während es doch das eine nicht gewollt, das andere nicht verdient habe, werde dahin gedrängt werden, wohin es eine zweifelhafte Mehrheit in diesem Hause nicht zu stellen und zu halten vermöge. Ein Bruch in Deutschland wäre unvermeidlich, ein viel unermesslicheres Unglück, als man es sich vielfach in diesem Hause vorzustellen scheine. Man habe es vergessen oder nicht erlebt, was es heiße, Deutschland zum Schauplatz eines allgemeinen Krieges zu machen. Und damals habe man gegen fremde Waffen gekämpft. Darum halte er den Gedanken und die Absicht, etwas zu einem solchen Bruche Führendes von diesem Hause aus hinauszuwerfen, unbekümmert darum, ob daraus für Deutschland ein Friedensbote oder ein Feuerbrand werde, zum wenigsten, um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, für eine Verwegenheit. Der Redner empfiehlt zum Schlusse seinen oben berührten Verbesserungsantrag.

Wurm von Hamburg für den Antrag: Er warnt davor, daß sich Deutschland nicht wieder von der List der Diplomaten fangen lassen möge, die ja auch 1815 durch einen Federstrich Deutschlands Wünsche und Hoffnungen betrogen habe. Im weitem Verlauf seines Vortrages legt er aus einander, daß der deutsche Bundestag gegen die Anmaßungen des Auslands, sich in die Angelegenheiten Deutschlands zu mischen, viel energischer aufgetreten sei, als dies jetzt geschehe, wo man diese Einmischungen des Auslandes als ein Recht ansehen wolle, wie es der Borredner gethan. Zur Sache selbst übergehend, sagt er, die öffentliche Meinung im südblichen Deutschland sei verführt, verblendet und verhegt worden; Paul Pfizer habe stets das einzige Rettungsmittel in einer Ueberragung der Kaiserwürde an Preußen gefunden, warum verschweige man dies dem Volke? (Stimmen von links: Jetzt nicht mehr.) Sie sagen, bemerkt er hierauf, „jetzt nicht mehr; Ich sage Ihnen, die Meinungsveränderung liegt an der württembergischen Regierung, nicht an Paul Pfizer.“ Im Jahr 1830 schon hat Paul Pfizer gesagt, daß nur dann eine Rettung möglich sei, wenn Preußen an die Spitze Deutschlands trete, und daß sich Oesterreich niemals auf eine Volksvertretung werde einlassen können. Das sei jetzt wahr geworden, und Paul Pfizer sei noch immer desselben Sinnes. „Noch keine drei Tage sind es, daß in Stuttgart im vaterländischen Verein, als die Nachricht von dem Welcker'schen Antrag eintraf, Alles jubelte und auf



Paul Pfizer ein Hoch ausbrachte." (Die Linke unterbrach den Redner häufig in einer Weise, aus der hervorgeht, daß ihr seine Bemerkungen ziemlich unangenehm sind.) Im März vorigen Jahres, da Paul Pfizer an der Regierung gewesen, sei der württembergische Gesandte in Berlin instruiert gewesen, dem König von Preußen die Krone anzubieten. Wenn wir nun, meint Herr Wurm, mit Bedauern vernommen haben, daß sich jetzt Württemberg einer gewissen Halbheit hingibt, so müssen wir es eben bedauern, daß eine Meinungsveränderung stattgefunden hat, aber bei Paul Pfizer hat sie nicht stattgefunden. Endlich kommt der Redner auf die kirchlichen Differenzen im südlichen Deutschland, die dort wohl eine Abneigung gegen die preussische Hegemonie hervorgerufen haben. Dieses Mißtrauen meint er, sei in früheren Zeiten wohl begründet gewesen, aber jetzt, da man die Grundrechte habe, gewiß nicht. Wenn jetzt das Reichsoberhaupt auch ein Mißverhältnis wäre, er könnte doch weder Protestant, noch Katholik in den Weg treten. Uebrigens, schließt er, auch unsere katholischen Brüder werden einstimmen, sobald ihnen die Binde von den Augen fällt, und sie sehen, daß das Vaterland in der größten Gefahr und nur auf einem Wege zur Rettung zu führen ist.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält alsdann Römer das Wort. Der Vordredner habe gesagt, daß die württembergische Regierung im März des vorigen Jahres Preußen die Kaiserkrone angetragen habe; das müsse er für unwahr erklären. Es wäre vermessen gewesen, wenn Württemberg sich angemacht hätte, im Namen Deutschlands einen solchen Schritt zu thun. Ferner hat Herr Wurm geäußert, daß wenn Paul Pfizer noch an der Regierung Theil nähme, die Ansicht derselben eine andre sein würde. Ich sage, spricht Herr Römer, daß die Politik der Regierung auch dann keine andere sein würde, denn die Beschlüsse der württembergischen Regierung kommen durch Stimmenmehrheit ihrer Mitglieder zusammen und Paul Pfizer hatte die Mehrheit nicht für sich. Auf eine Unterbrechung von rechts bemerkt Herr Römer: „Ich kenne die württembergische Regierung und ihre Beschlüsse besser als Sie,“ eine Aeußerung, welche die Heiterkeit der Versammlung erregt. So hoch, fährt Herr Römer fort, Paul Pfizer in Württemberg und in ganz Deutschland in Achtung steht, so hat er doch gerade in seiner Idee einer preussischen Hegemonie in Schwaben die geringsten Sympathien gefunden. Uebrigens ist Herr Wurm bei seiner Abwesenheit aus Württemberg gar nicht in der Lage, die Stimmung des schwäbischen Volkes zu kennen. (Unterbrechung.) Die württembergische Regierung ist auch nach der Ansicht des Redners nicht eines Tadeln werth, sondern im Gegentheil des Lobes. Denn welche Regierung hat die Grundrechte zuerst promulgirt und ist darin allen Staaten Deutschlands vorangegangen? Welche Regierung hat sich williger den Beschlüssen der Versammlung unterzogen? Das seien echt deutsche Gesinnungen gewesen. Was die gegenwärtige Politik der württembergischen Regierung betreffe, so sei dieselbe von der Ansicht ausgegangen, daß die Nationalversammlung zusammengekommen sei, nicht um ein halbes, sondern um ein ganzes Deutschland zu bilden. Preußen und Oesterreich seien die Hindernisse einer freien Vereinigung Deutschlands. Hätten diese Regierungen so viel Patriotismus, um nicht auf ihre Einzelinteressen, sondern bloß auf Deutschland zu blicken, dann stünde es mit Deutschland anders. (Lebhafter Beifall links.) (Schluß der Presse: 1/2 Uhr. Die Sitzung dauert fort. Weiterer Bericht in einer folgenden Beilage.)

— Berlin, 15. März. Neunte Sitzung der ersten Kammer; Präsident von Auerwald. Tagesordnung: Wahlprüfungen, Fortsetzung der Adressdebatte, insbesondere über den Passus, betreffend die dänisch-deutsche Frage. Es kam nämlich der Satz 10 des Adressentwurfes, der von den freundschaftlichen Beziehungen zu den auswärtigen Staaten und der dänischen Angelegenheit handelt, zur Verhandlung. Unter dem Amendement befindet sich eines von Walter, was beantragt, statt der Worte: „ohne Nachtheil für die Ehre und die Interessen Deutschlands“ zu setzen: „ohne Nachtheil für das Recht, die Ehre und die Interessen Deutschlands“, ferner ein Zusatzamendement von Flottwell, lautend: „Sollte aber diese Hoffnung (auf friedliche Schlichtung der dänischen Wirren) nicht in Erfüllung gehen, so dürfen wir getroßt die Ueberzeugung aussprechen, daß das preussische Volk, eingedenk seines hohen Berufes als Vorhut Deutschlands, dem Rufe seines Königs zur Erneuerung des Kampfes, mit viel bewährter Treue und Hingebung folgen werde.“ Auch die sonst eingebrachten Amendements sprechen sich in ähnlichem Sinne aus; ein von Baumstark gestelltes fügt nur noch eine besondere Erwähnung der erschlitterten Verhältnisse der Ostseeprovinzen hinzu, die gegen neue Gefährdungen entschieden zu wahren. Herr Hefster, der zuerst das Wort nimmt, hat zwar ein selbstständiges Amendement formulirt, macht aber das von Flottwell zum seinigen. Er entwickelt die Grundzüge einer gedachten, nach außen eben so festen als mächtigen Politik. Ihr entspreche es, nicht bloß die freundschaftlichen Beziehungen, sondern auch das Recht Deutschlands zu wahren. Er bedauert den früheren Krieg und spricht die Zuversicht aus, daß im Fall des Wiederausbruches es nicht mehr heißen werde: Hier Demokrat, hier Conservativer, hier Welt, hier Waibling, es werde heißen: „Auf, Alle zusammen, Alle einig, Alle d'rauf.“ Herr Hefster ist kein Redner, sonst würde sein Vortrag von einem ganz andern, vielleicht einem bedeutenden Erfolg gewesen sein. Nicht in den Gedanken und Zielpunkten, in den Formen fehlt es. Zu humoristischen Ergüssen scheint Herr Kupfer, der Nachfolger Hefsters, auf der Tribüne sich besonders berufen zu fühlen. Nicht Jeder indeß würde wünschen, diese Heiterkeit erregt zu haben. Herr Kupfer hatte, wie es schien, nur einen Gedanken als Leitfaden: die materiellen Einwirkungen eines erneuerten Krieges. Seine Zuckerküchlein hat, wie er sagt, seinen Standpunkt verändert; diese Erfahrung wünscht

er auch Andern und darum denkt er außer an die Ehre Deutschlands auch an die Dänemarks. Die deutsche Ehre sieht er im Entwurf hinlänglich gewahrt, sein Ariom ist: „Ein magerer Vergleich ist besser als ein fetter Proceß.“ Nach dem Fabrikanten sprachen Staatsmänner. Flottwell erinnerte an das wegen des Malmbörsen Waffenstillstandes gegen Preußen zur Zeit entstandene Mißtrauen. Alles doch möge man thun, seine Wiederkehr zu vermeiden. Ritterlich sei der Fehdehandschuh und ernstlich aufgenommen worden, zuerst von Preußens König; man müsse eine Sprache reden, die, neben dem Wunsch für einen ehrenvollen Frieden, den Muth zu einem ehrenvollen Kriege zeige. Nicht nur seinen alten Kriegsrath hat Preußen zu bewahren, auch seine Treue. Hr. Baumstark redete ähnlich, nur wollte er nicht vorzugsweise kriegerisch sich aussprechen. Sein Amendement empfiehlt er durch speciellere Eingehen auf die Lage der Ostseeprovinzen. Herr Hansemann mahnt namentlich daran, außer der eigenen Ehre zu berücksichtigen, was den anderen Nationen möglich sei. Es handle sich auch nicht um Krieg mit Dänemark allein, sondern mit den größten Staaten Europa's, die hinter ihm stehen. Schließlich wünscht er eine Aufklärung von der Regierung, weshalb man erst am Schluß des siebenmonatlichen Waffenstillstandes Friedensunterhandlungen geschlossen habe. Diese Aufklärungen gibt sofort der Minister des Auswärtigen, Graf Arnim; dahin: Die Friedensunterhandlungen seien stets fortgesetzt worden. Uebrigens bemerke er, daß durch Vermittelung Englands wahrscheinlich bis zum völligen Abschluß des Friedens ein Provisorium werde zu Stande gebracht werden. Die Annahme, daß es nicht zum Kriege kommen werde, schien überhaupt in der Versammlung vorherrschend. Dessen ungeachtet geschahen alle Vorbereitungen dazu. In dieser Beziehung erklärte der Ministerpräsident: Ich habe im Namen der Regierung zu erklären, daß in diesem Augenblick auf Requisition des Reichsministeriums 12,000 Mann preussischer Truppen mobil gemacht werden. Dies wird so rasch als möglich geschehen, um namentlich das Eindringen in die Herzogthümer zu verhindern, zumal dieselben gegenwärtig nur durch die schleswig-holsteinischen Truppen geschützt sind. Uebrigens wird die Regierung bestrebt sein, einen ehrenvollen Frieden abzuschließen, weil sie fühlt, welche Nachtheile namentlich dem Ostseehandel aus einem Wiederausbruch des Krieges erwachsen würden. Diese Erklärung fand allseitigen Beifall. Nachdem noch verschiedene Redner für und gegen den Entwurf gesprochen haben, darunter Herr Jacobs, der gegen die Kupfersche Auffassung sich richtend, obwohl auch Fabrikant und Rheder, trotz größerer Verluste dennoch eine entschiedene Sprache verlangt, wird der Entwurf mit dem Flottwell'schen Zusatz mit überwiegender Majorität angenommen. Der Passus lautet wie folgt:

„In der Berücksichtigung der ungestörten freundschaftlichen Beziehungen Ew. Majestät Regierung zu den auswärtigen Staaten begrüßen wir mit Freuden eine Bürgschaft der Erhaltung des europäischen Friedens. In diesen Beziehungen werden sich, wie wir hoffen, auch jetzt noch die Mittel finden, nachdem von der Krone Dänemark der zwischen ihr und der provisorischen Centralgewalt Deutschlands geschlossene Waffenstillstand unerwartet aufgekündigt worden, die daraus drohenden Irrungen ohne Nachtheil für das Recht, die Ehre und die Interessen Deutschlands zu schlichten. Sollte aber diese Hoffnung nicht in Erfüllung gehen, so dürfen wir getroßt die Ueberzeugung aussprechen, daß das preussische Volk, eingedenk seines hohen Berufes als Vorhut Deutschlands, dem Rufe seines Königs zur Erneuerung des Kampfes mit viel bewährter Treue und Hingebung folgen werde.“

Satz 11 des Adressentwurfes, auf den Tod des Prinzen Waldemar bezüglich, wird ohne Debatte, jedoch mit Streichung der Worte „der Hauptstadt, wie der Provinzen“ und der 12. und letzte Satz des Entwurfes, der im Allgemeinen die Wichtigkeit dieser ersten Legislatur hervorhebt, nach kurzer Debatte und Verwerfung eines ziemlich unwesentlichen Hansemann'schen Amendements, einstimmig angenommen. Der Präsident schlägt hierauf dem Referenten vor, womit dieser einverstanden ist, die Adresse, wie sie im Einzelnen genehmigt worden, im Ganzen zu revidiren und bis morgen zu vollenden. Zur Annahme derselben in der vollen Fassung wird dann morgen nur kurze Sitzung sein und demnächst die Adresse, nach dem Vorschlag des Präsidenten, durch eine aus 20 Mitgliedern bestehende, in den

Abtheilungen durchs Loos zu wählende Deputation, dem Könige überreicht werden.

o Berlin, 15. März. 10. Sitzung der zweiten Kammer. Auf Anregung des Abg. Becher entsteht zunächst eine Debatte darüber, ob dem Präsidium das Recht zustehe, die Tagesordnung zu bestimmen. Der Abg. Becher verbindet mit dieser Anregung den bestimmten Antrag, daß die Frage über die Aufhebung des Belagerungszustandes zuerst in den Abtheilungen verhandelt werde. Es wird nach einer sehr stürmischen Debatte, bei namentlicher Abstimmung mit 174 gegen 151 Stimmen über den Antrag des Abg. Becher zur Tagesordnung übergegangen. Es wird hiernächst über die beanstandete Wahl des Abgeordneten Gladbach debattirt. Sie ist beanstandet, weil eine Menge Wahlmänner (55?) nicht eingeladen worden. Der Antrag der Abtheilung, die Wahl für ungiltig zu erklären, wird mit geringer Majorität angenommen. Es wird darauf der Antrag des Abgeordneten Wenzel, durch die Abtheilung eine Commission von 21 Mitgliedern zur Vorberathung des anliegenden Gesetzentwurfes (betreffend die Verordnung vom 2. und 3. Jan. v. J.) für das Plenum zu berathen, der Erwägung gewürdigt. Ebenso der Antrag des Abg. Grebel, die in Aussicht gestellte Reorganisation des ostpreussischen Theils der Rheinprovinz, sowie die beabsichtigte Einführung einer provisorischen Gerichtsordnung in diesem Landestheil zu beanstanden. Ein Gleiches wird für die Provinz Westphalen von Gierse und Genossen beantragt. Der Justizminister erklärt, daß allerdings mit der Ausführung der Anordnung fortgeschritten werde, und wird daher der Verfassungsverletzung beschuldigt. Ein Antrag von den Abgg. Dr. Grün, Herr und Consorten geht dahin, für alle seit dem 18. März 1848 wegen politischer Vergehen Verurtheilten eine Begnadigung auszuwirken, sowie alle seit der Zeit bis zum 26. Febr. 1849 anhängig gemachten politischen Prozesse niederzuschlagen. Der Antragsteller wird seinen Antrag am Montag motiviren. Es werden außerdem noch einige Anträge an die Abtheilungen gewiesen, sowie Vorlagen vom Ministerium, betreffend die Gemeindeordnung, zu erbeten beschlossen. Die nächste Sitzung ist am Montag und wird dann die Adressdebatte beginnen.

— Berlin, 15. März. Von den 12,000 nach Schleswig-Holstein bestimmten Truppen werden am 18. März 3 Regimenter hier eintreffen und Ruhetag halten. Die Garnison wird also am Jahrestag unserer Revolution höchst respectabel sein. Uebrigens sind ernstliche Besorgnisse nicht zu hegen. Der Tag wird ohne Zweifel, namentlich nach den letzten Erklärungen Wrangels, in Ruhe vergehen, ohne Anzug oder Versuch dazu. Nur das verhörende Wort von den Kanzeln der Hauptstadt wird öffentlich des Tages gedenken. Aufforderungen zur Wachsamkeit sind allerdings den Behörden zugegangen; so von verschiedenen Seiten die Nachricht, daß im Fall von Unruhen die nach Berlin fahrenden Eisenbahnzüge und die Eisenbahn selbst durch auf die Schienen gebrachtes Knallsilber sollen unschädlich gemacht werden. Man wird deshalb an diesem Tage mit Vorsicht fahren. — Die Spaltung in der Linken der zweiten Kammer soll nun plötzlich wieder aufgehört haben. Es mag, dies herbeizuführen, der Wunsch der Parteihäupter sein, das Gelingen aber ist zu bezweifeln. Außerlich kann die innere Trennung vielleicht eine Weile verborgen werden; bei der ersten größeren politischen Frage, in der nicht der Widerwille gegen das Ministerium überwiegt, bricht die Trennung auch äußerlich wieder hervor. Ähnlich ist es mit der Rechten. Darum hätte man die in der Sitzung vom 10. erfolgte Erklärung von Rhoben nicht so wichtig nehmen sollen. Er sagte nur, was sich von selbst verstand, nämlich, daß beim Mangel eines räumlichen Centrums nicht Alle, die auf der rechten Seite sitzen, durchaus Gesinnungsgenossen seien. Ist es auf der Linken etwa jemals anders gewesen? Die Abreise der Herren H. Simon und Lemme nach Frankfurt, um an der Kaiserwahl oder gegen (?) dieselbe Theil zu nehmen, wird in ihrer eigenen Partei verschieden beurtheilt. Viele Wahlmänner des ersten Wahlbezirks, der Heinrich Simon gewählt hat, befürchten (wie wir glauben, mit Unrecht), Herr Simon werde seine Stimme gegen den Welcker'schen Antrag abgeben. — In vielen Bezirken Berlins sucht man conservative Bezirksvereine zu bilden, was kein glücklicher Gedanke ist, da bisher in den meisten Bezirksvereinen sich alle Meinungen friedlich vertrugen oder vertragen lernten.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. S. Malten.

Cours der Staats-Papiere. 17. März 1849. (Schluss der Börse.)										Wechsel-Cours.			
										Den 17. März.			
		pCt.	Papier	Geld.			pCt.	Papier	Geld.	Den 17. März.	Pap.	Geld.	
Oesterr.	Metall. Obligat.	5	74 3/4	74 1/2	Württemberg.	Obligat. b. Roths.	3 1/2	78 7/8	78 3/8	Amsterdam	k.S.	100 5/8	
>	ditto ditto	4	59 3/4	59 1/4	>	Nene Württemberg.	4 1/2	94 1/4	93 3/4	(100 fl. Cr.)	2M.	100 1/4	
>	ditto ditto	2 1/2	39 3/4	39 1/2	Nassau	Obligat. b. Roths.	3 1/2	81	80 1/2	Augsburg	k.S.	119 7/8	
>	Bank-Actien o. D.		1186	1181	>	fl. 25 Loose		20 5/8	20 3/8	(100 fl. Cr.)	2M.	—	
>	fl. 250 Loose n. Roth.		79 1/2	79	Frankfurt	Obligat.	3	77 3/4	77 1/4	Berlin	k.S.	105 1/2	
>	fl. 500 > ditto		124 3/4	124 1/4	>	ditto v. 1839	3 1/2	92 1/2	92	(60 Thlr.)	2M.	—	
>	Bethmann Obligat.	4 1/2	73	72 1/2	>	ditto v. 1846	3 1/2	89	88 1/2	Bremen (50 k.S.)	98 7/8	—	
>	ditto ditto	4	62 1/2	62	>	Taunusbahnactien		291	288	Rthlr. i. L.-dor	2M.	—	
Preussen	Staatschuldscheine	3 1/2	79 3/4	79 1/4	Holland	Integrale	2 1/2	49 3/8	49 1/8	Hamburg	k.S.	88 3/8	
>	Prämiescheine		—	99	>	Hollandische	4	—	78 1/4	(100 fl. Cr.)	2M.	87 7/8	
Bayern	Obligat.	3 1/2	79 1/2	79	>	Syndicats	3 1/2	—	78 1/4	Leipzig (60 k.S.)	105 1/2	—	
Darmstadt	fl. 50 Loose		70	69 1/2	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—	Thlr. i. d. M.	k.S.	—	
>	fl. 25 ditto		22 1/4	22	>	Innere Sch. neue Obl.	3	23	22 3/4	London	k.S.	120 7/8	
>	Obligat.	3 1/2	78 1/2	78	Portugal	Consols Lst. à fl 12	3	—	—	(10 Livr. St.)	3M.	120 1/8	
>	ditto	4	86 5/8	86 1/8	Polen	fl. 300 Lott. Loos Rth.	4	—	97 3/4	Lyon	k.S.	95 1/4	
Baden	Obligat. v. 1842	3 1/2	76 3/4	76 1/4	>	Obligat. de fl 500 4	4	74 3/4	74 1/2	(200 Fr.)	2M.	—	
>	fl. 50 Loose v. 1840		48 1/2	48	Russland	in R. fl. 2. h. Grun. etc.	4	—	82 1/4	Mailand (250 k.S.)	98 7/8	—	
>	fl. 35 Loose		27 3/4	27 1/2	>	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	82 1/4	Lir. Austr.)	2M.	—	
Gold.		fl.	kr.	Silber.		fl.	kr.	Diverse Actien u. Loose.		Brief.	Geld.		
Pistolen	9	54	—	Gold al Marco	332	—	—	Kurhessische Loose	27 1/4	27			
Pr. Friedrichsd'or	9	56	—	Laubth. ganze	—	—	—	Sardinische Loose	29 3/4	29 1/4			
Holl. 10 fl. Stücke	10	4	—	Preuss. Thaler	—	—	—	Ohn-Aachen	76 1/2	76			
Rand Ducaten	5	38	—	5 Frankenthaler	—	—	—	Cöln-Minden	72 7/8	72 1/2			
20 Francsstücke	9	38	—	Hochhaltig Silber	24	30	—	Ludwigh.-Bexbach	35 5/8	35 3/8			
Engl. Souverains	12	3	—	Gering u. mittelh.	24	20	—	Frdr.-Wilhs.-Nordbahn	—	—			

Nach der Börse: 2 1/2 pCt. Met. —; 3 pCt. Span. Inl. —; Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) —; Ludw.-Bexb. —; F.-W.-Nordb. —.